

Wischnewski, Hans-Jürgen; Scheel, Walter

Article — Digitized Version

Reform der deutschen Entwicklungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wischnewski, Hans-Jürgen; Scheel, Walter (1967) : Reform der deutschen Entwicklungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 8, pp. 387-392

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133744>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Reform der deutschen Entwicklungspolitik Effizienzsteigerung als Ziel

Interview mit Hans-Jürgen Wischnewski, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Minister, heftige Kritik an der deutschen Entwicklungshilfepolitik läßt sich nicht mehr überhören. Als Sie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit übernahmen, haben Sie eine „Entwicklungspolitik aus einem Guß“ angekündigt. Notwendige Vorarbeit war eine Bestandsaufnahme der bisherigen Politik mit der Überprüfung von 3000 deutschen Projekten. Lassen sich aus diesen Untersuchungen Rückschlüsse auf Mängel der traditionellen Entwicklungshilfepolitik ziehen und Folgerungen für die neue Konzeption herleiten?

WISCHNEWSKI: Natürlich lassen sich aus den bisherigen Ergebnissen der Projektprüfungen schon Rückschlüsse und Folgerungen ziehen. Ich bin der Meinung, daß an der bisherigen Art der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern einige Korrekturen und Reformen in Teilbereichen, nicht aber revolutionäre Umgestaltungen sinnvoll sind.

WIRTSCHAFTSDIENST: Unter welchen Gesichtspunkten ist diese Projektprüfung durchgeführt worden?

WISCHNEWSKI: Wichtigstes Kriterium dieser Projektprüfungen ist die entwicklungspolitische Effizienz. Das heißt, ein Projekt wird nur dann als förderungswürdig beurteilt, wenn es wirklich einen spürbaren Beitrag, einen Anstoß zum wirtschaftlichen Aufbau darstellt und wenn es in der Rangliste der Prioritäten an der richtigen Stelle steht. Industrievorhaben, bei denen nur das Prestigebedürfnis eines Entwicklungslandes als Motiv für einen Antrag auf Förderung durch die Bundesrepublik erkennbar wird,

halten diesem Kriterium nicht stand und müssen, soweit sie überhaupt einmal gefördert wurden, im Einvernehmen mit der betreffenden Regierung abgestoßen werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ist eine Prüfung allein unter Rentabilitätsaspekten ausreichend? Müssen nicht auch andere Kriterien — besonders aus dem rein politischen Bereich — berücksichtigt werden?

WISCHNEWSKI: Rentabilitätserwägungen allein können dem Problem Entwicklung nicht gerecht werden. Für die entwicklungspolitische Effizienz eines Projektes ist Rentabilität zwar ein wichtiger, aber kein ausschließlicher Gesichtspunkt. Andere, gleichberechtigte Kriterien sind zum Beispiel die Einordnung eines Projektes in die langfristige Planung und seine Auswirkungen auf den Devisenhaushalt. In der Regel sind diese wirtschaftlichen Überlegungen bereits so vielschichtig, daß bei einzelnen Projekten für ein politisches Kalkül kein

Platz ist. Politisch ist ein Projekt dann ein Erfolg, wenn es im höchstmöglichen Maße zum wirtschaftlichen Aufbau eines Landes beiträgt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wird deutsche Entwicklungshilfeleistung auch in Zukunft an politische Voraussetzungen geknüpft? Welche Rolle wird in diesem Zusammenhang die Hallstein-Doktrin spielen?

WISCHNEWSKI: Ich darf hier zunächst eine Behauptung in Ihrer Frage richtigstellen: Die deutsche Entwicklungshilfe war auch bisher nicht an politische Voraussetzungen gebunden — leider haben darüber in der Öffentlichkeit ziemlich haarsträubende Vorstellungen bestanden. In Wirklichkeit sieht es so aus: Der Bedarf an Krediten und technischem Know-how in den ca. 90 Entwicklungsländern ist ungeheuer groß. Da die Bundesrepublik nicht allen zugleich helfen kann, hilft sie natürlich lieber den Ländern, mit denen sie, dem Gedanken der Partnerschaft entsprechend,

HANS-JÜRGEN WISCHNEWSKI

ist seit Beginn der Großen Koalition Ende 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Damit hat eine zielstrebige Karriere ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. 1946 trat der heute 45jährige, der in Ostpreußen geboren wurde, der SPD bei und wurde 1957 in den Bundestag gewählt. Seine zahlreichen Reisen nach Afrika trugen ihm den Ruf eines Experten für afrikanische Fragen ein. Wiederholt hat er auf die Notwendigkeit guter Beziehungen zu den Entwicklungsländern hingewiesen und die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit in diesen Ländern betont. Seit 1964 ist Wischnewski Präsident des Ausschusses der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer. Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe versucht er, neue, vielversprechende Wege zu finden. Eine Möglichkeit sieht er in einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.

freundliche Beziehungen unterhält. Wie der Staatspräsident von Pakistan, Ayub Khan, es einmal gesagt hat, übernimmt ein Land, das von einem anderen Land Hilfe annimmt, die moralische Verpflichtung, ihm nicht in den Rücken zu fallen. Das ist alles. Man kann das in Zusammenhang bringen mit der sog. Hallstein-Doktrin, sollte hier aber vorichtig sein: auch in der Außen- und Deutschland-Politik sind die Dinge in Fluß geraten, und manches alte Instrument der Politik wird kritisch auf seine Brauchbarkeit überprüft. Für die politische Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist die Entwicklungshilfe sicher kein sehr geeignetes Mittel; deutsche Entwicklungshilfe würde es auch geben, wenn das Problem des Kommunismus nicht existierte.

WIRTSCHAFTSDIENST: Reicht allein die materielle Hilfe für Entwicklungsländer aus? Muß man nicht zusätzlich zur Sicherung des Erfolges neben einer Kontrolle der Verwendung vor allem eine Beeinflussung des politischen Systems in dem betreffenden Lande versuchen?

WISCHNEWSKI: Davor möchte ich ganz dringend warnen. Die Bundesregierung bekennt sich rückhaltlos zum völkerrechtlichen Grundprinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten und unternimmt keinerlei Versuche in dieser Richtung.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie haben gesagt, daß die Phase des Experimentierens in der deutschen Entwicklungspolitik vorüber sei. Sie haben sich statt dessen für eine „gezielte und konzentrierte Arbeit mit der Entwicklungshilfe“ eingesetzt. Was heißt das?

WISCHNEWSKI: Deutsche Entwicklungspolitik gibt es nun mehr als 10 Jahre. Reiche Erfahrungen konnten gesammelt werden. Diese Erfahrungen müssen jetzt genutzt werden. Die deutsche Entwicklungspolitik kann durch eine Reihe von Maßnahmen, die ich eingeleitet habe, noch gestrafft und effektiver gestaltet werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Haben Sie für die Entwicklungshilfe bestimmte neue Grundsätze aufgestellt?

WISCHNEWSKI: Einige dieser Grundsätze habe ich eben schon angedeutet — sie sind übrigens nicht alle neu. Das entwicklungspolitische Instrumentarium der Bundesregierung wird überprüft und verbessert werden. Die deutsche Entwicklungshilfe wird sich stärker auf den unmittelbar produktiven und dort besonders auf den Agrarbereich konzentrieren, weil nur so eine weitere Verschlechterung der Verschuldungssituation und eine Hungerkatastrophe vermieden werden können. Bei der technischen Hilfe wird es nach der Überprüfung aller 3000 Projekte eine Typisierung geben, d. h. es werden in Zukunft nur noch Projekttypen gefördert werden, die sich bewährt haben. Die Bandbreite der technischen Hilfe wird dadurch schmaler, ihre Effizienz aber größer werden. Dadurch wird es auch möglich sein, den time-lag zwischen der Zusage und Durchführung eines Projektes zu verkürzen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Werden Sie unter dem Gesichtspunkt einer leichteren Schuldentilgung für die Entwicklungsländer für weichere Kredite eintreten, die ja eine zusätzliche Belastung für die Bundesrepublik darstellen?

WISCHNEWSKI: Die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer wird in der Tat recht besorgniserregend. Trotzdem ist ihre Schuldnermoral außerordentlich gut. Die Bundesregierung hat auf Empfehlung der OECD die Konditionen ihrer Kredite für die Entwicklungsländer in den letzten Jahren laufend verbessert. Sie sahen im gewogenen Durchschnitt im Jahre 1966 einen Zinssatz von 3,3% gegenüber 4,3% im Jahre 1963, Laufzeiten von 21,8 gegenüber 15,2 Jahren 1962 und eine tilgungsfreie Zeit von 6,4 gegenüber 4,5 Jahren 1962 vor.

WIRTSCHAFTSDIENST: In der Regierungserklärung der großen Koalition hat der Bundeskanzler erklärt, daß eine Steigerung der Entwicklungshilfe in Zukunft unvermeidbar sei. Aus Haushaltsgründen wurde jedoch Ihr Etat kräftig gekürzt. Ist eine derartige Kürzung für die BRD vertretbar, ohne daß sie gegenüber den anderen Geber-

ländern und den Entwicklungsländern politisch ihr Gesicht verliert?

WISCHNEWSKI: Der Etat meines Hauses wurde für 1967 zwar um 290 Mill. DM gegenüber dem ursprünglichen Ansatz gekürzt, liegt aber mit 1,652 Mrd. DM noch um 6,6% über dem des Vorjahres. Die Priorität, die die Bundesregierung der Entwicklungshilfe einräumt, kommt überzeugend darin zum Ausdruck, daß der Anteil des Entwicklungshilfehaushalts am Gesamtetat des Bundes sich trotz der Kürzung nicht verringert hat und für 1967 mit 2,3% genauso groß ist wie 1966. 1962 betrug dieser Anteil erst 1,2%. Während aber früher 50% der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau, des Kapitalmarkts, einer Bundesanleihe und der VW-Privatisierung gedeckt werden konnten, mußten 1966 bereits 75% der öffentlichen Leistungen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Im Jahre 1966 hat die Bundesrepublik die Empfehlung der ersten Welthandelskonferenz, 1% des Volkseinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden, nicht erreicht, sondern ist mit 0,81% fast 20% unter dem moralischen Soll geblieben. Das hat ihr bei der Prüfung durch das DAC der OECD erhebliche Kritik eingetragen. Der pauschalen Forderung des DAC und anderer internationaler Organisationen, die gegenwärtigen deutschen Zahlungsbilanzüberschüsse für die Entwicklungshilfe zu verwenden, ist aber entgegenzuhalten, daß diese Überschüsse konjunkturell bedingt sind und sehr schnell von selbst wieder abgebaut sein werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Könnte die stärkere Einschaltung der Privatwirtschaft in die Entwicklungshilfe hier als Ausgleichsventil wirken?

WISCHNEWSKI: Natürlich. Der deutschen Entwicklungshilfepolitik liegt eine pluralistische Konzeption zugrunde. Das heißt, der Staat begrüßt die Initiative der Privatwirtschaft, der Kirchen und anderer nichtstaatlicher Organisationen und Stiftungen. Ein stärkeres Engagement der Privatwirtschaft in den

Entwicklungsländern ist dringend erforderlich.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche Anreize kann der Staat zur Aktivierung dieser Hilfe geben?

WISCHNEWSKI: Da gibt es zunächst das Entwicklungshilfe-Steuerergesetz von 1963, das dem deutschen Investor eine wesentliche Finanzierungshilfe zur Erleichterung des Starts seiner Investition in einem Entwicklungsland bietet. Außerdem stehen zur Förderung von Investitionen und Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern im Rahmen des ERP-Wirtschaftsplans jährlich 20 Mill. DM zur Verfügung, von denen zu günstigen Bedingungen Kredite an deutsche Investoren in Entwicklungsländern gegeben werden. Die wirtschaftlichen und politischen Risiken ihrer Investitionen können deutsche Unternehmer durch Bundesbürgschaften und -garantien absichern. Mit einer großen Zahl von Entwicklungsländern hat die Bundesregierung Kapitalschutzverträge und Doppelbesteuerungsabkommen zugunsten der Privatwirtschaft abgeschlossen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Das Entwicklungshilfe-Steuerergesetz hat nach allgemeiner Ansicht die Erwartungen nicht erfüllt. Ist seine Fortführung nach 1967 möglicherweise in verbesserter Form geplant?

WISCHNEWSKI: Von den Begünstigungen des Entwicklungshilfe-Steuerergesetzes wird in stark zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Absolut betrachtet sind die deutschen Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern aber immer noch zu gering. Sie weiter zu steigern, ist eine entwicklungspolitische und außenwirtschaftspolitische Notwendigkeit. Deshalb muß ständig geprüft werden, ob und wie die verschiedenen Förderungsmaßnahmen, also auch das Entwicklungshilfe-Steuerergesetz noch verbessert werden können. Die Geltungsdauer des Entwicklungshilfe-Steuerergesetzes wird verlängert werden. Bei dieser Gelegenheit sollten auch einige Lücken, die das Gesetz noch hat, geschlossen werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Was können die Entwicklungsländer von sich

aus tun, um einen schnellen Erfolg der Hilfeleistungen zu sichern?

WISCHNEWSKI: Entwicklungshilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas setzt beträchtliche eigene Anstrengungen voraus: Dreiviertel aller Investitionen in den Entwicklungsländern werden bereits durch Eigenleistung finanziert. Daran erweist sich der ernsthafteste Wille zum wirtschaftlichen Aufbau, der neben gesunden und möglichst stabilen politischen Verhältnissen unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg der Hilfeleistung ist.

WIRTSCHAFTSDIENST: Was beabsichtigen Sie im Rahmen der Informationspolitik zu unternehmen, um der breiten Öffentlichkeit den Zusammenhang von Entwicklungs- politik und Wirtschaftspolitik stärker ins Bewußtsein zu bringen?

WISCHNEWSKI: Ich habe am 1. Juni in Bonn eine Wanderausstellung meines Pressereferats eröffnet, die mit Fotos, Grafiken, leicht verständlichen Texten, Modellen, Filmvorführungen und öffentlichen Diskussionen der Bevölkerung die humanitären und wirtschaftspolitischen Aspekte unserer Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt erläutern will. Es ist nicht zuletzt das Ergebnis der systematischen Pressearbeit meines Hauses, daß die ernstzunehmenden Zeitungen der Entwicklungshilfe positiv gegenüberstehen, ohne auf Kritik in einzelnen Punkten zu verzichten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Glauben Sie, daß mit der deutschen Entwicklungspolitik günstige konjunkturelle Effekte für die deutsche Wirtschaft verbunden sind?

WISCHNEWSKI: Ja, ganz offensichtlich! In den beiden letzten Jahren haben ca. 80 % der öffentlichen Kredite für Entwicklungsländer die Bundesrepublik praktisch nicht verlassen, sondern sind in Form von Aufträgen der deutschen Wirtschaft zugute gekommen. Das sichert Arbeitsplätze! Die konjunkturelle Bedeutung der Entwicklungshilfe erschöpft sich in diesen unmittelbaren

Effekten aber keineswegs: Mittelbar und auf längere Sicht ist Entwicklungshilfe die Voraussetzung für die Erhaltung und weitere Erschließung kaufkräftiger Märkte, auf die jedes Industrieland angewiesen ist.

WIRTSCHAFTSDIENST: Befürworten Sie auch in diesem Zusammenhang eine (noch) stärkere Liefergebundenheit der Hilfeleistungen?

WISCHNEWSKI: Eine völlige Liefergebundenheit wäre natürlich am besten. Sie ist aber nur möglich, wenn alle Geberländer die gleiche Haltung einnehmen. Die anderen Geberländer praktizieren aber leider eine sehr starke Liefergebundenheit, und aus diesem Grunde und angesichts der konjunkturellen Lage in der Bundesrepublik müssen wir die Interessen unserer Wirtschaft sehr deutlich machen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welches Verhältnis zwischen multilateralen und bilateralen Entwicklungshilfeleistungen streben Sie für die BRD an?

WISCHNEWSKI: Das gegenwärtige Verhältnis von bilateralen und multilateralen Leistungen der Bundesrepublik ist 6:1. Gemessen an anderen Geberländern halte ich dieses Verhältnis für ausgewogen und beabsichtige zur Zeit nicht, es wesentlich zu ändern.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche Erfolge erhoffen Sie sich von einer engeren Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik?

WISCHNEWSKI: Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag sieht engere Kontakte auch auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe vor. Über die bisherigen Konsultationen hinaus wollen jetzt die französische und die Bundesregierung auch bei der Planung und Durchführung der Entwicklungshilfepolitik stärker zusammenarbeiten und dadurch die Effektivität ihrer Leistungen steigern. Die ersten gemeinsamen deutsch-französischen Entwicklungsprojekte laufen zur Zeit an: Textilfabriken im Tschad und in Kamerun, eine Gewerbeschule in Chile und eine Forstschule in Gabun.

Entwicklungspolitisches Konzept unverändert

Interview mit Walter Scheel, Bundesminister a. D., Bonn

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Scheel, Sie waren der erste deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das Ministerium entstand nicht zuletzt durch Ihre Initiative. Welche Ziele verfolgten Sie in der Arbeit dieses Ministeriums?

SCHEEL: Als ich mein Amt übernahm, gab es zwar schon deutsche Entwicklungshilfe. Die Zuständigkeit für einzelne Projekte lag bei den verschiedensten Ministerien.

Bei der zunehmenden Bedeutung der Entwicklungspolitik für den Frieden auf der Welt und für die Verdichtung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern lag es nahe, ein besonderes Ministerium mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben zu betrauen.

Ich habe in den Jahren meiner Mitgliedschaft zur Bundesregierung versucht, eine in sich geschlossene Konzeption zu entwickeln.

Die Vielzahl der entwicklungspolitischen Instrumente erfordert eine sorgfältige Abstimmung der Maßnahmen aufeinander, damit keine Reibungsverluste entstehen und damit der Aufwand in einem gesunden Verhältnis zum Erfolg steht; und zwar zum Erfolg sowohl für die Entwicklungsländer als auch für uns.

WIRTSCHAFTSDIENST: Genügte die Kompetenzen Ihres Ministeriums, um die Arbeit aller in Deutschland mit Entwicklungsaufgaben befaßten Institutionen zu koordinieren?

SCHEEL: Die Zuständigkeit, die dem neugegründeten Ministerium gegeben wurde, ist im Laufe der Jahre mehrfach erweitert worden. Zunächst war es natürlich schwierig, die zahlreichen Einzelaufgaben zusammenzufassen, zumal der Aufbau eines Ministeriums schon aus Gründen der Anforderungen, die man an die fachliche Qualität der Mitarbeiter stellen muß, sich nur organisch und verhältnismäßig langsam vollzieht. Die Praxis der Zusammenarbeit zwischen den Ministerien hat am Ende zu praktikablen Lösungen geführt. Allerdings genügt der Umfang der Zuständigkeiten auch heute noch nicht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche Änderungen müßten nach Ihrer Ansicht dringend in der Organisation des Ministeriums und der gesamten Entwicklungshilfe vorgenommen werden?

SCHEEL: Es wäre sicherlich zweckmäßig, wenn man heute dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die volle alleinige

Zuständigkeit für den Gesamtbereich der Entwicklungspolitik übertragen würde. Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich betonen, daß im Sinne der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung die Zuständigkeiten der bestehenden Ministerien dadurch gewahrt werden, daß in allen Fragen, in denen sie berührt werden, ohnehin Einvernehmen herbeizuführen ist.

Ich halte es außerdem für wichtig, die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung am Ort zu koordinieren. Wir haben in manchen Ländern Hunderte einzelner Projekte und viele von der Bundesregierung entsandte Fachleute. Bis zur Stunde arbeiten sie unabhängig voneinander und häufig nach den Weisungen verschiedener Dienststellen in der Bundesrepublik, die noch nicht einmal in voller Harmonie ihre Aufgabe betreiben.

Es wäre nötig, in den Entwicklungsländern selbst einen Beauftragten für die Projekte der Bundesrepublik zu benennen, der je nach dem Umfang der Aufgaben im jeweiligen Land entweder für mehrere Länder zuständig sein kann, in der Botschaft der Bundesrepublik sitzt oder aber eine eigene geeignete Dienststelle für seine Aufgabe erhält.

In jedem Fall müßte ein solcher Beauftragter dem deutschen Botschafter disziplinar unterstellt sein. Er muß aber Berichte an das für ihn zuständige Fachministerium machen und auch von diesem Weisungen in Fachfragen empfangen können.

Diese notwendige Änderung der Organisation, die der Erhöhung des Wirkungsgrades und damit der Verbilligung unserer Entwicklungshilfe dient, war in der Vergangenheit schwer durchzusetzen, da die an dieser Frage interessierten Ministerien von Ministern verschiedener Parteien verwaltet wurden. Es

WALTER SCHEEL

Als Mitglied des FDP-Bundesvorstands und stellvertretender Fraktionsvorsitzender gilt Scheel nicht nur in Wirtschaftsfragen als einer der führenden Köpfe seiner Partei. Die Stationen seiner politischen Laufbahn, die er 1946 mit dem Eintritt in die FDP begann, hießen: Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter von Nordrhein-Westfalen und ab 1953 Bundestagsabgeordneter. Auf europäischer Ebene gehörte Scheel 1956/57 dem Montanparlament an und wurde 1958 Vizepräsident der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament. Der gelernte Bankkaufmann, Prokurist, Verbandsgeschäftsführer und selbständige Wirtschaftsberater machte sich im Bundestag und im Europa-Parlament schnell einen Namen als Experte für Entwicklungspolitik. 1961 rückte der heute 45jährige geborene Solinger als Bundesminister in das neugeschaffene Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das er bis zum Ende der Kleinen Koalition leitete.

war also immer auch eine Frage der Verteilung der politischen Gewichte zwischen den verschiedenen Koalitionsparteien im Spiel.

Dieser Gesichtspunkt fällt heute weg, denn wie durch Zufall sind alle mit dieser Frage befaßten Ministerien in der Hand der SPD, und innerhalb einer Partei sollte sich das Problem leicht lösen lassen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche Beträge sind bislang an Entwicklungsländer vergeben worden?

SCHEEL: Von 1950 bis 1966 hatte die Bundesrepublik 31,8 Mrd. DM als Nettoleistung erbracht. Davon entfallen 18,6 Mrd. DM (58 %) auf die öffentliche Hand, 13,2 Mrd. DM (42 %) sind privat finanziert worden.

In den letzten Jahren bewegten sich die jährlichen Gesamtleistungen um etwa 3 Mrd. DM.

Bemerkenswert ist vielleicht, daß der prozentuale Anteil der Entwicklungspolitik im Haushalt von Jahr zu Jahr gestiegen ist, nämlich: 1964 1,2 %, 1965 1,5 %, 1966 2,3 %, 1967 2,3 % (nach Kürzung des Haushalts).

Aber die Relation unserer Gesamtleistungen zum Volkseinkommen ist ungünstiger geworden.

Die Welthandelskonferenz hatte empfohlen, 1 % des Volkseinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Im Durchschnitt aller westlichen Geberländer wird dieser Prozentsatz erreicht. In der Bundesrepublik ist die Entwicklung etwas ungünstiger. 1964 stellten wir 0,87 % zur Verfügung, 1965 0,85 % und 1966 0,81 %.

Wir haben in der Vergangenheit bei unseren Partnern in der westlichen Welt und bei unseren Partnern in der Entwicklungswelt Verständnis dafür gefunden, daß bei der sich verschlechternden Haushaltssituation die Leistung der Bundesrepublik nicht an das wünschenswerte Soll herangebracht werden konnte.

WIRTSCHAFTSDIENST: Glauben Sie, daß ein Ministerium mit dem, heute wieder einmal reduzierten, Etat überhaupt arbeiten kann?

SCHEEL: Man kann nur ausgeben, was man hat. Die Haushalts-

situation des Bundes gebietet, in allen Sektoren aufs sparsamste zu wirtschaften. Der Entwicklungshaushalt des Jahres 1967 zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Ausgaben, die zwar hinter den Wünschen des Fachministeriums zurückbleibt, aber nach meiner Überzeugung immer noch die Möglichkeit sinnvollen Arbeitens gibt.

Nach der Zeit der Expansion sollte die augenblickliche Haushaltsenge dazu Anlaß geben, die entwicklungspolitischen Maßnahmen zu konzentrieren, zu straffen, ihnen einen möglichst hohen Wirkungsgrad zu verleihen.

Die Regierungserklärung der Bundesregierung hat erfreulicherweise festgestellt, daß trotz der finanzwirtschaftlichen Schwierigkeiten die Entwicklungspolitik als eine der zukunftsichernden Aufgaben auch weiterhin ein steigendes Volumen aufweisen soll.

WIRTSCHAFTSDIENST: Erklärtes Ziel Ihres Ministeriums war bei der Gründung die Herausarbeitung einer Strategie. Wie weit ist dieses Vorhaben gelungen?

SCHEEL: Ich habe vorhin schon gesagt, daß von Anbeginn an meine Arbeit der Entwicklung eines in sich geschlossenen Konzepts, einer Strategie, diene.

Wir haben in den letzten Jahren im Deutschen Bundestag auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe eine Drei-Parteien-Politik betrieben. Das heißt, es gab keine parteipolitische Ausrichtung unserer Strategie, sondern eine konstruktive Zusammenarbeit auch mit der parlamentarischen Opposition.

Mein Nachfolger hat in dankenswerter Weise bei mehreren Gelegenheiten diese Besonderheit der parlamentarischen Behandlung hervorgehoben und bestätigt, daß in solchem Klima eine Politik entstehen konnte, die der internationalen Kritik wohl standhält.

WIRTSCHAFTSDIENST: Nach welchen Kriterien wurde bisher Entwicklungshilfe vergeben?

SCHEEL: Wir haben uns immer bemüht, unsere Maßnahmen nach objektiven Kriterien auszurichten.

Die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Partnerlandes sollen die Grundlage der Entscheidungen sein. Wir haben sogar Methoden entwickelt, die Priorität der verschiedenen Projekte in einzelnen Ländern meßbar zu machen.

Im Gegensatz zu den früheren Kolonialmächten hat die Bundesrepublik Deutschland keine besonderen Interessengebiete unter den Entwicklungsregionen. Wir haben also entwicklungspolitische Beziehungen zu allen Staaten dieser besonderen Kategorie. Natürlich haben wir bald gemerkt, daß die Wirkungen der Maßnahmen, wenn man sie im Gießkannen-Verfahren betreibt, nicht sehr befriedigend sind. Wir haben daher frühzeitig begonnen, unsere Politik sowohl regional als auch der Art der Hilfe nach zu konzentrieren. Das heißt also, daß wir Schwerpunkte gebildet haben, wandernde Schwerpunkte. Wir haben unsere Maßnahmen von Jahr zu Jahr wechselnd auf bestimmte Regionen konzentriert.

Die Entwicklungspolitik ist natürlich eingebettet in die allgemeine Außenpolitik, schon weil sie eines der wichtigsten Instrumente einer weltweiten Friedenspolitik ist. Als aktuelles Beispiel darf ich erwähnen, daß man im Augenblick darüber nachdenkt, wie wir unsere Entwicklungsmaßnahmen im Vorderen Orient in den Dienst einer langfristigen Friedensordnung in diesen Raum stellen können. Dabei geht es nicht nur darum, das Flüchtlingsproblem in die Überlegungen einzubeziehen und zu versuchen, das wirtschaftliche Gefälle zwischen den an der Krise beteiligten Staaten zu mildern, sondern auch darum, möglichst eine internationale Zusammenarbeit der Industriestaaten unter Einschluß der Sowjetblock-Staaten zustande zu bringen.

Als Teil der Außenpolitik ist die Entwicklungspolitik langfristig ausgerichtet. Als Instrument der Tagespolitik ist sie nicht geeignet, schon wegen der manchmal Jahre dauernden Abwicklungszeit der einzelnen Projekte.

Man sollte auch sehen, daß der Grad der Freundschaft zwischen

dem einzelnen Partner-Staat in der Entwicklungswelt und der Bundesrepublik auch eine Quelle der Entscheidung ist. Man entschließt sich leichter, jemandem zu helfen, wenn man weiß, daß man bei ihm auch für die eigenen politischen Sorgen und Schwierigkeiten Verständnis findet.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ist eine Prüfung der Entwicklungsprojekte sowie eine anschließende Erfolgskontrolle ohne eine Bevormundung der Empfängerländer möglich?

SCHEEL: Die einzelnen Entwicklungsprojekte werden zwischen den Partnern, im allgemeinen auf Antrag des Entwicklungslandes, vereinbart. In solche freiwilligen Vereinbarungen kann man Erfolgskontrollen, die im Interesse beider Beteiligten liegen, sehr wohl einschließen. In unserer Praxis ist das niemals als Bevormundung empfunden worden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Hinter der Entwicklungshilfe stehen auch politische Erwägungen. Läuft eine politische Einflußnahme via Entwicklungshilfe nicht auf eine Art Bestechung der Empfängerländer hinaus?

SCHEEL: Ich sagte schon, daß Entwicklungshilfe kein Instrument der Tagespolitik sein kann. Dadurch ist die Befürchtung, diese Art Zusammenarbeit würde eine kostspielige Form von Bestechung sein,

ausgeschlossen. Man darf nicht vergessen, daß die Entwicklungspolitik ja auch nicht nur dem Vorteil eines Partners dient, sondern langfristig und mittelfristig auch die Interessen des Geberlandes berücksichtigt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wären nicht gerade in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation in der BRD Lieferbindungen bei der Vergabe von Entwicklungshilfe zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums notwendig?

SCHEEL: Ich habe während meiner Amtszeit versucht, die Diskussion über das Problem „Lieferbindungen bei Vergabe von Entwicklungshilfe“ zu entideologisieren. Es ist eine Frage des Verhaltens der übrigen Industrienationen, die in den letzten Jahren allerdings nahezu ausnahmslos aus den verschiedensten Gründen ihre Kredite an Entwicklungsländer nur liefergebunden hergegeben haben.

Theoretisch wäre es sicherlich für die Entwicklungsländer selbst am günstigsten, alle Kredite ohne Lieferbindung zur Verfügung zu haben.

Wir haben in den Jahren meiner Amtszeit in der Praxis eine Lieferbindung zwischen 80 und 85 % erreicht. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt sich in der augenblicklichen Konjunkturlage offensichtlich Mühe, diese Quote noch zu erhöhen

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie stellen Sie sich zu den Forderungen der Entwicklungsländer nach Exporterleichterungen, vor allem durch zusätzliche Präferenzgewährung?

SCHEEL: Die Entwicklungsländer machen manchmal den Fehler, anzunehmen, es bedürfe nur einer Regierungsabmachung über ein bestimmtes Handelsaustauschvolumen, und schon könnten sie ihre Waren absetzen. Sie vergessen dabei, daß wir eine liberale Wirtschaftsordnung haben, in der der Staat den Käufern nicht vorschreiben kann, was sie kaufen sollen. Das heißt, eine Mengenabmachung in einem Handelsvertrag besagt überhaupt nichts darüber, daß es Importeure gibt, die bereit sind, in diesem Rahmen zu kaufen.

In erster Linie ist also die Steigerung der exportierenden Entwicklungsländer eine Frage eines leistungsfähigen Warenangebotes. Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren schon internationale Abmachungen gefördert, die zu einer gewissen Preisstabilisierung für die wesentlichsten von Entwicklungsländern angebotenen Warengruppen führen sollen.

Das beste Mittel aber, das Exportvolumen zu steigern, sind Investitionen in die Produktionswirtschaft der Entwicklungsländer, die deren Warenangebot verbreitern und die Qualität der Produkte erhöhen.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des
Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs über die
Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

Jahresbezugspreis DM 90,— für das erste,
DM 25,— für jedes weitere Exemplar

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106